



Donnerstag, 16. November 2023, 17:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Reiche Armee, armes Volk

Hohe Rüstungsausgaben sind nicht nur brandgefährlich, sie vernichten schon in Friedenszeiten große Teile des gesellschaftlichen Wohlstands.

von Henrik Jan Mühlenbein
Foto: aappp/Shutterstock.com

Den Frieden sichern, indem man sich für den Krieg rüstet – funktioniert das? Stellen wir uns vor, in Deutschland würden Hunderte Milliarden Euro für Waffen ausgegeben, diese kämen aber nie in einem Krieg zum Einsatz ... Alle wären noch am Leben, aber Tausende anständige Arbeiter in der Rüstungsindustrie stünden mit ihren Familien in Lohn und Brot – gäbe es dann noch irgendetwas an einer Politik der Hochrüstung auszusetzen? Ja, denn das Geld, das der Staat für die Gerätschaften des Tötens

ausgibt, fehlt anderswo. Nach und nach schwindet der Wohlstand eines Landes, die Profiteure sind vor allem Besitzer von Aktien der Rüstungsindustrie. Statt Schultoiletten zu sanieren und mehr Lehrer einzustellen, fließt das den Steuerzahlern abgepresste Geld dann in Panzer und Haubitzen. Dass diese vielleicht gar nicht zum Einsatz kommen, dass die teuer bezahlten „Güter“ am Ende ungenutzt verschrottet werden, ist noch das günstigste unter den möglichen Szenarien. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass übermäßiges militärisches Engagement den Niedergang einer Gesellschaft einleitet.

„Ein Volk sollte den Krieg fürchten wie der Einzelne den Tod“

(Jules Renard, Schriftsteller aus Paris).

„Einigkeit und Recht und Freiheit“, so die wichtigsten Worte der deutschen Hymne, die manche Politideologen „aus Ergriffenheit“ nicht mitsingen können (Robert Habeck) oder jedes Mal „an die Nazis denken“ lassen (Bodo Ramelow). Unter dem Begriff „Einigkeit“ subsumierte August Heinrich Hoffmann von Fallersleben im Jahr 1841 den Wunsch seiner Zeit, dass sich die neu gebildete Nation als Gemeinschaft empfinde und in Zukunft auf interne Schlachten verzichte, wie sie zwischen den Konfessionen und Fürstentümern jahrhundertlang an der Tagesordnung waren. Leider blieb die hohe Gewaltbereitschaft der Deutschen aber bestehen, wobei sie sich fortan weniger gegen sich selbst, als gegen die Nachbarnationen richtete. Als schlimmster Erbfeind galt damals Frankreich, das unter preußischer Führung 1871 besiegt wurde, wie kurz zuvor Dänemark und Österreich.

Anschließend wurden Städte wie Köln („Die Wacht am Rhein“) aus Angst vor Vergeltung zu regelrechten Festungen ausgebaut. Durch Niederlassungen wichtiger Konzerne wie Bayer, Stinnes und Krupp entstand im Umland die Zentrale der deutschen Rüstungsproduktion. Die 100.000 Beschäftigten in 700 kriegsrelevanten Betrieben machten die Hälfte der Arbeiter Kölns aus. Ab Kriegsbeginn 1914 war für das Output dieser Betriebe mit Begeisterung Oberbürgermeister Konrad Adenauer zuständig. Deutschlandweit sorgte Walter Rathenau, Eigentümer des erfolgreichen Elektronunternehmens AEG, bis zum abrupten Ende der Finanzierung für eine optimale Allokation von Waffenmaterial und Soldaten. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kriegsfinanzierung und -wirtschaft in Deutschland unter anderem von Hjalmar Schacht und Albert Speer verantwortet. Der Tod wurde zu einem weltweit aus Buchhalterbüros gesteuerten Meister, dem allein im Zweiten Weltkrieg über 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, darunter über 6 Millionen Juden und andere Verfolgte.

Der „totale Krieg“ lehrte die Welt den Frieden nicht. Im Anschluss kam es zu weiteren Kriegen, unter anderem in Indonesien, Kaschmir, Palästina, Israel, Korea, Algerien, Vietnam, Angola, Afghanistan, Somalia, Nigeria, Irak, Iran, Syrien, Libyen, Jugoslawien, Jemen, Sudan, Ruanda, Georgien, Myanmar, Äthiopien, Kongo, Mali und der Ukraine.

Heute verfügen einzelne Länder und Gemeinschaften über Streitkräfte mit jeweils mehr als einer Million Soldaten, und zugleich über den Zugriff auf Nuklearwaffen mit Potenzialen, die Welt zu verwüsten.

Hierbei handelt es sich um:

- China: 2,2 Millionen Soldaten
- Indien: 1,45 Millionen Soldaten
- EU: 1,425 Millionen Soldaten
- USA: 1,372 Millionen Soldaten
- Russland: 1,207 Millionen Soldaten
- Nordkorea: 1,15 Millionen Soldaten

Die militärischen Ausgaben mit weltweit 2.240 Milliarden US-Dollar waren 2022 so hoch wie nie, wobei nur auf dem afrikanischen Kontinent ein Rückgang auf knapp 40 Milliarden US-Dollar festzustellen war. Die oben genannten Länder und Gemeinschaften wiesen gestiegene Militärbudgets auf:

- USA: 877 Milliarden US-Dollar
- EU: 480 Milliarden US-Dollar
- China: 292 Milliarden US-Dollar
- Russland: 86, 4 Milliarden US-Dollar
- Indien: 81, 4 Milliarden US-Dollar
- Nordkorea: 5 Milliarden US-Dollar (Schätzung) (1)

Bevölkerungen in militärintensiven Ländern zahlen für ihre vermeintliche Absicherung einen hohen Preis. Das Heer untersteht den Herrschenden und zementiert nicht nur in China, Russland und Nordkorea befehlsgemäß die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse. Mit der digitalen Technologisierung der Staatsgewalt nehmen Überwachung und Informationskrieg zu. Für den Einzelnen bedeutet dies Freiheitsverlust bei permanenter Manipulation und Spaltung der Gesellschaft.

Der militär-industrielle Komplex und seine finanziellen Unterstützer brauchen Kriege wie die Luft zum Atmen, denn sie erlangen ihre Legitimation nur durch die

tödliche Performanz der Zerstörung.

Dabei setzten die führenden Rüstungsnationen ihre hochmodernen Waffensysteme in den letzten Jahrzehnten vornehmlich in Stellvertreterkriegen ein. Ihre eigenen Soldaten und Bürger blieben weitgehend verschont. Doch mittlerweile gilt selbst in der EU die Feststellung keineswegs mehr als irrational, der heimische Frieden stehe auf tönernen Füßen. Schließlich erklärte Verantwortungsträgerin Annalena Baerbock in jüngster Vergangenheit Russland eigenmächtig den Krieg. Bei so viel Kriegstüchtigkeit, Staatsräson und Nibelungentreue war es der deutschen Außenministerin laut eigener Aussage egal, was die deutschen Wähler sagten. Die „Undiplomatin“ legte ein solch unbedachtes Verhalten an den Tag, als glaubte sie, Cottbus und Donezk trennten hunderttausende und nicht nur zweitausend Kilometer.

Gegen pazifistische Sorge und Aufrüstungskepsis führen Militaristen an, dass Rüstungsinvestitionen neben Freiheit und Frieden dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen und wichtige Innovationen hervorbringen. In Wirklichkeit versickert das meiste Geld aber in den Taschen von Schiebern, Politikern, Managern, Beratern, Investoren und sonstigen dunklen Kanälen.

Die Ukraine mit ihrem Pandora-Papers-Präsidenten belegte laut „Transparency International“ 2022 im Korruptionsbekämpfungsranking Platz 116 von 180 aufgeführten Ländern, so dass der Großteil der militärischen und finanziellen Hilfen wohl nicht die gelb-blaue Armee erreichen konnte. In Deutschland sorgten Ursula von der Leyen und ihre Freundin Katrin Suder von 2013 bis 2019 mit Hilfe der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft für die sogenannte „Berateraffäre“, welche McKinsey und Co. mehrere hundert Millionen Euro an Steuergeldern zuschanzte und die Bundeswehr dauerhaft

beschädigte.

Genau wie dieser Schaden ist auch die ökologische Belastung durch den militärischen Wahnsinn nur schwer zu quantifizieren. Schon während der Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll 1997 lobbyierte die US-Delegation erfolgreich dafür, die Militär-Emissionen nicht verpflichtend mitzurechnen. Ihr Argument war die nationale Sicherheit. Bei dieser Aussageverweigerung ist es bis heute geblieben, und die meisten Militärnationen schlossen sich an.

Die Expertin Neta Crawford führte auf eigene Faust Berechnungen durch. Allein für 2021 ergaben sich demnach „51 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen durch das US-Verteidigungsministerium, dazu kommt in etwa die gleiche Menge durch die Rüstungsindustrie. Beide zusammen kommen (...) auf mehr als zwei Prozent der gesamten US-Emissionen.“

Dies betraf wohlgermerkt ein Jahr, in welchem die US-Army inklusive ihres Rüstungsarsenals auch aufgrund des durch die WHO ausgerufenen Gesundheitsnotstandes ausnahmsweise kaum im Einsatz war. Kriegsführung, Zerstörung und Wiederaufbau blieben von Crawford also unberücksichtigt. Ihre selektive Fokussierung auf Treibhausgase bei der ökologischen Bewertung des Militärs griff ohnehin zu kurz.

In Vietnam sind noch heute die desaströsen Folgen des Einsatzes von „Agent Orange“ zu beobachten. Im Irak wurde der Boden durch zerstörte Ölförderanlagen verseucht. In der Ukraine wird mit Uran abgereicherte Munition eingesetzt, außerdem zählt sie nun neben Afghanistan, Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, Irak, Jemen, Kambodscha, Kroatien und der Türkei zu den am meisten durch Landminen kontaminierten Ländern der Welt.

Wenn man die militärbasierte Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung vor dem Hintergrund des globalistischen Öko-

Narrativs betrachtet, lässt sich festhalten, dass andauernd propagierte Sorge vor irreparablen Naturschäden und unmittelbar bevorstehendem Klimakollaps nicht zu ausbleibender Verhandlungs- und maximaler Verschuldungsbereitschaft in Form der aktuellen Kriegstreiberei passt.

Ebenso war der groß angekündigte Kampf gegen Hunger und Armut auf der Welt bis jetzt nur ein Lippenbekenntnis. Mit durchschnittlich 234 Millionen unterernährten Menschen war die Atommacht Indien im Zeitraum zwischen 2020 und 2022 das Land mit den meisten von Hunger und Unterernährung betroffenen Menschen. Würde ihr Oberbefehlshaber Narendra Modi von jetzt auf gleich auf seine Militärausgaben verzichten, könnte von dem Geld immerhin jedem seiner hungernden Bürger ein Dollar pro Tag zugeteilt werden, was in Indien für eine Mahlzeit reichen würde.

In Großbritannien leben einer umfassenden Studie der „Joseph Rowntree Foundation“ zufolge mehr als eine Million Kinder in schwerster Armut. Die Zahl notleidender Jungen und Mädchen habe sich von 2017 bis 2022 bis zum offiziellen Ende der Pseudo-Pandemie fast verdreifacht. Insgesamt lebten dort zum Zeitpunkt der Studie 3,8 Millionen Menschen in elendigen Verhältnissen. In den Mitgliedsstaaten der „besten Europäischen Union aller Zeiten“ waren schon im Jahr 2021 rund 24,4 Prozent aller Kinder von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

In den USA, vom eigenen Volk liebevoll „Land of the Brave“ oder „God’s Own Country“ genannt, gibt es offiziell 600.000 Obdachlose, davon 170.000, die als chronisch obdachlos gelten, da sie jahrelang nicht einmal vorübergehend eine feste Bleibe hatten (2).

Interessanterweise vegetiert ein Drittel von ihnen in Kalifornien – mit dem superreichen Technologie-Mekka San Francisco und der von VIPs bevölkerten Metropole Los Angeles. Anfang 2023 hatte auch der woke-progressive Bundesstaat New York offiziell die traurige Zahl von 100.000 Wohnungslosen überschritten.

In einer persönlichen Befragung gaben Obdachlose an, dass einige Monate Mietzuschuss zwischen 300 und 500 Dollar oder eine Einmalzahlung von 5.000 Dollar wahrscheinlich genügt hätten, um langfristige Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Doch ein soziales Netz für Menschen in prekärer Not passte nie zum Selbstverständnis der militaristisch-waffenverrückten Amerikaner. Es galten stattdessen die hehren Prinzipien Markttradikalität, Eigenverantwortung und Vermeidung von Sozialhelfemissbrauch. Die Verwaltung von Los Angeles plante 2022 für die nächsten fünf Jahre lieber 3 Milliarden US-Dollar für temporäre Obdachlosenprojekte und Sicherheitsmaßnahmen in das Stadtbudget ein, anstatt Menschen systematisch von den Straßen zu holen.

Anhand dieser untrüglichen Zeichen des sozialen Niedergangs lassen sich Parallelen zum Römischen Reich ziehen. Auch damals brachten kriegerische Operationen einem Teil der Welt lange anhaltende Prosperität. Doch mit der Zeit gerieten die Römer in Not.

Denn solange sie vor Karthago standen oder durch Kleinasien marschierten und die Bewohner unterdrückten, konnte zuhause kaum jemand pflügen, säen und ernten. Die für das Militär benötigten Steuern wurden immer erdrückender. Schließlich mussten die kleinen Höfe an Großgrundbesitzer verkauft werden. Nach der Rückkehr aus dem Auslandseinsatz mussten viele Römer als Tagelöhner auf dem Feld oder in den Städten arbeiten. Wenn ein Bürger schließlich aus verschiedenen Gründen komplett ruiniert war, gab es keinen Beistand.

Das Motto lautete „Do ut Des“: Ich gebe, damit Du gibst. Wo keine Gegenleistung mehr zu erwarten war, blieb jede Unterstützung aus. Hilfe aus Mitleid und Barmherzigkeit war unbekannt. Im alten Griechenland und in Rom galt Armut als selbstverschuldet. In erster Linie lautete die Maxime, jede sich bietende Möglichkeit

ausschließlich zum eigenen Vorteil auszunutzen.

Durch den Geschichtsschreiber Plutarch wurde in diesem Zusammenhang der schwerreiche Crassus bekannt, der in diesen Zeiten seinen Immobilienbestand zielstrebig vermehrte. Als es im dicht bebauten Rom zu ungewöhnlich vielen Bränden kam, verfügte er über die meisten Sklaven mit architektonischen und handwerklichen Fähigkeiten. Er kaufte ruinierten oder verängstigten Hausbesitzern ihr Eigentum günstig ab und setzte es in Stand. Auf diese Weise eignete er sich den größten Teil Roms an.

Eine vergleichbar gierige Rücksichtslosigkeit schien auch bei den Machthabern und ihren im Hintergrund operierenden Geldgebern charakterprägend, die ihre Völker in blutige Kriege führten. Es handelte sich zumeist um Multi-Millionäre oder Milliardäre. Ihr wahrer Reichtum wurde verschleiert. Sie wurden nie in den offiziellen Forbes-Listen geführt, da „Diktatoren und Angehörige von Königshäusern“ grundsätzlich unberücksichtigt blieben. Ebenso wurden „Staatenlenker, die ihr Vermögen aus ihrer Machtposition heraus erworben haben“, dort nie aufgenommen.

So fand auch in Nigeria kaum Beachtung, dass vor und während des furchtbaren „Biafra-Bürgerkriegs“ Ende der 1960er Jahre die drei großen Ethnien Hausa, Yoruba und Igbo von aus England geförderten Bonzen gegeneinander aufgehetzt und in Tod und Elend gestürzt wurden. Im Norden bediente sich Ahmadou Bello nach Lust und Laune der Northern Bank und im Süden der Freimaurer Nnamdi „Zik“ Azikiwe der National Continental Bank. Der stets lächelnde Yakubu Gowon aus dem Stamm der Yoruba mit besten Kontakten zur UN war Sohn eines christlichen Missionars.

Er ließ im Kampf um das schwarze Gold morden, hungern und leiden. Nach dem Krieg wurde von 100.000 toten Soldaten und einer Million toter Zivilisten ausgegangen. Bei dem mit Abstand am meisten betroffenen Stamm der Igbo zeigte sich der Sohn eines

Freimaurers und Multi-Millionär Chukwuemeka Ojukwu in keiner Weise kompromiss- oder gar kapitulationsbereit. Er verhinderte per Dekret sogar die Rettung verhungender Kinder durch die Lieferung von Lebensmitteln, da er fest davon überzeugt war, diese hätte Gowon vergiften lassen. Eben dieser Gowon kehrte später nach langjährigem Exil aus England zurück und pflegte seine enge Verbindung zum ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, solange es dessen Gesundheit zuließ.

Ojukwu selbst kam nach 12 Jahren von der Elfenbeinküste zurück nach Nigeria und wurde ebenfalls vollkommen amnestiert, so dass er seinen Wohlstand bis zum Tod behalten konnte. Doch gegen die größten Kriegsverbrecher der Neuzeit wirken diese nigerianischen Marionetten wie arme Schlucker. Wladimir Putins nebulöses Vermögen beläuft sich nach Schätzungen auf 40 bis 200 Milliarden Dollar. Die menschenverachtende Bush-Dynastie versteckte ihr Vermögen über Generationen so geschickt, dass die offiziell gemeldeten 400 Millionen Dollar wohl nur der Spitze ihres familiären Goldberges entsprachen (3, 4).

Zur historischen Korrelation von Weltkriegs- und Weltfinanzgeschehen genügt ein Blick auf den Dow Jones: 1914 brachen die Börsenwerte der größten US-Unternehmen zuerst um 30 Prozent ein. Bei Kriegsende hatten sie sich aber längst erholt und waren bei einem Plus von 40 Prozent.

1945 lagen die US-Börsen um 50 Prozent höher als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Zwischen dem Kriegsbeginn in Vietnam 1965 und dem Abzug der US-Truppen im Jahr 1973 stieg der Dow Jones um 45 Prozent. Nach dem Einmarsch der US-Truppen 2003 in den Irak stiegen die größten US-Werte noch im gleichen Jahr durchschnittlich um über 30 Prozent. Auch seit Beginn des Ukrainekrieges 2022 konnte von einem Einbruch der US-Börse nie die Rede sein. Die Portfolios der großen Investmentgruppen legten

ihre Schwerpunkte verstärkt auf weltweit tätige Rüstungskonzerne, so dass zum Beispiel die Rheinmetall-Aktie innerhalb eines Jahres von 90 auf 255 Euro zulegen konnte.

„Militär-Millionär, mach Geschäft im Gefecht!“
(Retrogott, Rapper aus Köln).



Henrik Jan Mühlenbein, Jahrgang 1977, schreibt seit den späten Neunziger-Jahren Texte. Als Mitglied der seinerzeit weithin bekannten Hip-Hop-Band „Lyroholika“ war er Anfang der 2000er-Jahre fester Bestandteil der hiesigen Szene. Nach der Auflösung der Gruppe wandte er sich neben Solo-Projekten dem Bildungssektor zu, wo er bis heute beruflich tätig ist. Er kommentiert zudem als Autor die Alternativlosigkeit von Zeitenwende und technokratischer Transformation. Dabei versucht er, den Glauben an Gott, die Reformierbarkeit der Fassadendemokratie, eine Ordnung ohne Herrschaft und natürlich den musikalischen Durchbruch nicht zu verlieren.